

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

K 0301/2025 (DDI)

Kleine Anfrage Janine Eggs (GRÜNE, Dornach): Wird der geschlechterspezifischen und häuslichen Gewalt in Zusammenhang mit Sorge- und Besuchsrecht ausreichend Rechnung getragen? (17.12.2025)

Geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt wird nicht selten kurz vor, während oder nach Trennungsphasen ausgeübt. Dabei ist häusliche Gewalt nicht nur für die direkt betroffene Person, sondern auch für Kinder, die diese miterleben, traumatisierend. Unabhängig davon ist die gemeinsame elterliche Sorge der Regelfall. Dabei kann die gemeinsame Elternschaft für Tatpersonen ein Mittel sein, weiterhin Kontrolle und Gewalt auszuüben.

Dabei steht ausser Frage, dass es – abgesehen vom Schutz für die von Gewalt betroffene Person – auch für das Kindeswohl besser ist, bei nur einem Elternteil aufzuwachsen ohne Gewalt erleben zu müssen, anstatt alternierend mit beiden Elternteilen aufzuwachsen und dabei mit häuslicher Gewalt konfrontiert zu sein. Entsprechend kann das Sorge- und das Besuchsrecht der Tatperson eingeschränkt werden. Das Gutachten «Elterliche Sorge, Besuchsrecht und Häusliche Gewalt» vom Eidgenössischen Büro für Gleichstellung (EBG) geht davon aus, dass häusliche Gewalt einen Ausschlussgrund für die abwechselnde Betreuung des Kindes bildet und dass neben einem Besuchsverbot auch die Verpflichtung zum Besuchen von Lernprogrammen denkbar ist.

Zuständig für die Zuteilung der elterlichen Sorge sind teils die Gerichte, teils die KESB. Gemäss einer Untersuchung des EBG aus dem Jahr 2024 klären nur knapp 30 % der Richter und Richterinnen und 52 % der KESB-Mitarbeitenden im Sorgerechtsfall das Vorhandensein von geschlechtsbezogener oder häuslicher Gewalt ab. Der Bericht kommt zum Schluss, dass beteiligte Fachpersonen über zu wenig Wissen zu geschlechtsbezogener und häuslicher Gewalt verfügen.

Deshalb wird die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Sind aus Sicht der Regierung die Mitarbeitenden bei den Gerichten und der KESB ausreichend zu geschlechterspezifischer und häuslicher Gewalt geschult?
2. Wird im Zusammenhang mit Sorge- und Besuchsrecht das Vorhandensein von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt konsequent erfragt?
3. Bestehen Leitlinien, wie im Falle von geschlechterspezifischer und häuslicher Gewalt zu reagieren ist und werden weitere geschulte Stellen und Fachpersonen beigezogen?
4. Wird geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt von den Gerichten und der KESB bei Entscheiden zum Sorge- und Besuchsrecht ausreichend gewichtet, um sowohl direkt betroffene Personen als auch Kinder zu schützen? Kommt es entsprechend zu Besuchsverboten oder zur Verpflichtung zur Teilnahme an Lernprogrammen?
5. Nach welchen Kriterien wird bei der Zuweisung der Wohnung vorgegangen und wie oft kommt es zu solchen?
6. Gibt es Aus- und Weiterbildungen für Personen der Gerichte und der KESB im Bereich geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt und werden diese (freiwillig oder obligatorisch) besucht?

Begründung 17.12.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: Eggs Janine, Engeler Anna, Fischer Marlene, Fröhlicher Silvia, Gantenbein Laura, Nünlist Luc, Ruchti Werner, Steggerda John, Widmer Bettina (9)